Presseinformation

PHARMIG
Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs

# Wirtschaftliche Unsicherheit bei Pharmafirmen wächst

PHARMA-Branchenbarometer zeigt: Unternehmen bewerten Standortbedingungen durchschnittlich und sehen gleichzeitig wachsende Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung und Innovation.

Wien, 14. Juli 2026 – Pharmazeutische Unternehmen blicken zwiespältig auf den Standort Österreich: Während die generellen Rahmenbedingungen für die Branche in Österreich weiterhin mehrheitlich auf einem gleichbleibend durchschnittlichen Niveau gesehen werden, werden sowohl die wirtschaftliche Lage der Unternehmen als auch ihre zukünftige Entwicklung zunehmend schlechter eingeschätzt. Gerade auch bei der Preis- und Erstattungspolitik für Arzneimittel befürchten die Unternehmen negative Entwicklungen. Das zeigt der PHARMA-Branchenbarometer, die jährliche Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen der PHARMIG, die von Peter Hajek Public Opinion Strategies GmbH durchgeführt wird.

58 Prozent der Befragten sehen die generellen Rahmenbedingungen als „befriedigend“, 25 Prozent geben ihnen ein „zufriedenstellend“. Dagegen gaben 17 Prozent an, dass für sie die Rahmenbedingungen für die Branche nicht zufriedenstellend seien. Verglichen mit den Zahlen aus dem Vorjahr sowie der Umfrage aus 2024 zeigt sich hier ein leicht positiver Trend, was den gesamthaften Blick auf die Rahmenbedingungen für die Pharmabranche betrifft.

Anders verhält es sich bei der Einschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des jeweils eigenen Unternehmens. Zwar setzt sich der Trend der letzten beiden Jahre auch hier fort, allerdings ins Negative: 2024 haben noch 58 Prozent und im Jahr 2025 52 Prozent der Befragten die Lage ihres Unternehmens als „gut“ eingestuft. 2026 sahen dieses Niveau nur mehr 44 Prozent und damit über zehn Prozentpunkte weniger als vor zwei Jahren. Die Zahl derer, die die derzeitige Lage als schlecht bewerten, ist um das Dreifache gestiegen, nämlich von zwei Prozent im Jahr 2024 über drei in 2025 auf heuer sechs Prozent.

Eine signifikante Verschlechterung zu den Vorjahren zeigt die Umfrage auch beim Blick auf die nächsten sechs Monate: Gefragt nach ihrer Einschätzung, wie sich das eigene Unternehmen in dieser Zeitspanne entwickeln werde, gaben fast doppelt so viele (40 Prozent) wie in den beiden vergangenen Jahren (2024: 22 Prozent, 2025: 23 Prozent) an, dass sie eine ungünstige Entwicklung erwarten. Die Zahl derer, die eine günstige Entwicklung sehen, hat sich dagegen halbiert und ist von neun im Jahr 2024 bzw. acht in 2025 auf jetzt nur noch vier Prozent gefallen.

Dazu sagt Alexander Herzog, Generalsekretär der PHARMIG: „Die aktuelle Befragung zeigt, dass die Unsicherheit in der Branche zunimmt. Wenn Unternehmen ihre wirtschaftliche Situation und Zukunftsaussichten zunehmend kritisch einschätzen, ist das ein deutliches Signal und es sollte dringend gegengesteuert werden. Es gilt, den Pharmastandort Österreich und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Idealerweise mit einer von der Politik bereits in Aussicht gestellten Life-Sciences-Strategie. Gerade mit Blick auf die sinkende Wettbewerbsfähigkeit Österreichs wäre es höchst an der Zeit, diese Strategie rasch zu verfassen und dann auch in die Umsetzung zu bringen.“

Ein weiteres zentrales Thema der Erhebung war die sogenannte „Most-Favored-Nation“-Politik (MFN) der USA, die darauf abzielt, amerikanische Arzneimittelpreise stärker an den niedrigsten Preisen vergleichbarer Industrieländer auszurichten. Europäische Preisentscheidungen würden damit unmittelbarer auf den weltweit größten Pharmamarkt, sprich die USA, wirken. Gleichzeitig sind mit dieser Regelung die Industrienationen aufgefordert, einen aus Sicht der US-Regierung faireren Beitrag zur Entwicklung innovativer Therapien zu leisten. Befragt nach den möglichen Auswirkungen all dessen auf Österreich wird die allgemeine Besorgnis sichtbar: 87 Prozent halten einen verzögerten Zugang für Patientinnen und Patienten zu neuen Therapien für

wahrscheinlich, 69 Prozent erwarten weniger innovative Medikamenteneinführungen hierzulande und 65 Prozent einen Rückgang von Investitionen seitens der Unternehmen in den Pharmastandort Österreich. Ganze 91 Prozent gaben an, dass sie als weitere Folge der MFN-Regelung längere Erstattungs- und Finanzierungsprozesse auf Medikamentenebene befürchten.

Dazu Herzog: „Die erwarteten Auswirkungen einer MFN-Preisreferenzierung geben Anlass zur Sorge. Wenn Investitionen zurückgehen und sich Prozesse verlangsamen, kann das langfristig Folgen für Forschung, Produktion und den Zugang zu innovativen sowie zu bewährten Therapien haben. Um all dem entgegenzuwirken, sind neue Finanzierungsmodelle und ein generelles Umdenken, was Innovationen betrifft, gefragt. Sie sollten, wenn es um deren Erstattung geht, nicht als Kostenfaktor betrachtet werden, sondern als Investition in unsere Gesundheit, unsere Volkswirtschaft und unseren Standort. Sie schaffen ja nicht nur für die Betroffenen einen Nutzen, sondern weit darüber hinaus."

Für Herzog ist es mit Blick auf den Pharma-Branchenbarometer wichtig zu betonen, dass Medikamente und die pharmazeutische Branche insgesamt ein Paradebeispiel dafür sind, wie verzahnt heute Gesundheit und Wirtschaft sind: „Wir stehen für Wertschöpfung und Versorgung. Das können wir weiterhin aber nur dann, wenn man nicht permanent die Preisspirale bei Medikamenten im Zuge der Erstattung nach unten dreht. Das schädigt die Medikamentenversorgung und den Pharmastandort gleichermaßen. Kurzfristig gespart kann durch diese Strategie langfristig teuer werden."

Rückfragehinweis
PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs
Head of Communications & PR
Peter Richter, BA MA MBA
+43 664 8860 5264
peter.richter@pharmig.at
pharmig.at

Über die PHARMIG: Die PHARMIG ist die freiwillige Interessenvertretung der österreichischen Pharmaindustrie. Derzeit hat der Verband ca. 120 Mitglieder (Stand Juli 2026), die den Medikamenten-Markt zu gut 95 Prozent abdecken. Die PHARMIG und ihre Mitgliedsfirmen stehen für eine bestmögliche Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln im Gesundheitswesen und sichern durch Qualität und Innovation den gesellschaftlichen und medizinischen Fortschritt.